



Rückgang beim Zuzug der Spätaussiedler als Chance für eine verbesserte Integration nutzen

Bundesinnenminister Schäuble zu Gast in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler



v.l.n.r.: Dr. Michael Luther, Susanne Jaffke, Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“, Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern, PSts. Dr. Christoph Bergner, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Klaus Brähmig, Christine Baumdick, Sächsische Landesvertretung

Seit fünf Jahren sind die Zahlen beim Zuzug von Spätaussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland deutlich rückläufig und sind im Jahr 2005 mit 35.000 Personen auf rund ein Drittel des Wertes des Jahres 2000 gefallen. Das liegt vor allem auch darin begründet, dass der größte Teil der Anspruchsberechtigten und Ausreisewilligen bereits nach Deutschland gekommen ist. Bundesinnenminister Schäuble warb angesichts der zurückgehenden Zahlen dafür, die Situation als Chance für eine verbesserte Integration der Spätaussiedler zu nutzen. In diesem

Zusammenhang überbrachte er der Gruppe die erfreuliche Nachricht, dass die von der vorherigen Bundesregierung abgeschaffte Sachkostenauspauschale für die in der Migrationserstberatung tätigen Ehrenamtlichen künftig wieder gezahlt werden wird. Für die Vertriebenenverbände ist das eine gute Nachricht. Ein deutliches Bekenntnis legte der Minister zur Unterstützung der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten ab. Auch wurde mit dem Minister über die Schaffung eines Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung gesprochen.

INHALT

SEITE 2
DEUTSCHSTÄMMIGE IN KASACHSTAN UND USBEKISTAN KÖNNEN MIT UNSERER UNTERSTÜTZUNG RECHNEN
IAV

SEITE 4
WEM VERDANKT DER DEUTSCHE FUßBALL SEINEN ERGOLG – DEN DEUTSCHEN MINDERHEITEN UND AUSSIEDLERN
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
ERHALT DER EHRENAMTLICHKEIT BEI MIGRATIONSERSTBERATUNG GIBT NEUE PERSPEKTIVEN FÜR INTEGRATION
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 6
SEINE MOTIVATION ZUM POLITISCHEN ENGAGEMENT WAR, VERHINDERN ZU WOLLEN, DASS SICH KRIEG WIEDERHOLT
Helmut Sauer

Deutschstämmige in Kasachstan und Usbekistan können mit unserer Unterstützung rechnen

Delegationsreise der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler nach Usbekistan und Kasachstan

Die Lebenssituation der deutschstämmigen Minderheiten kennen lernen, die jeweiligen bilateralen Beziehungen verbessern sowie politische und wirtschaftliche Kontakte anbahnen; das waren die Ziele der Delegationsreise der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Usbekistan und Kasachstan im Zeitraum vom 8. Juni bis zum 16. Juni 2006.

Vor allem in Usbekistan musste das Eis gebrochen werden, dass seit rund einem Jahr auf den deutsch-usbekischen Beziehungen liegt. Nach den schweren Zwischenfällen von Andijan im Mai 2005, bei denen Regierungstruppen Aufständische (vermutlich mit islamistisch-terroristischem Hintergrund) bekämpft haben, wobei viele Hundert Menschen, auch Unbeteiligte erschossen wurden, ist das Handeln der usbekischen Regierung von Deutschland und den Staaten der Europäischen Union verurteilt und sanktioniert worden; nach Ansicht der usbekischen Regierung vorschnell.

Vor diesem Hintergrund kam den Gesprächen in Taschkent mit dem Präsidenten der Gesetzgebenden Kammer, Halilow, mit dem stellvertre-

ter als auch in Samarkand Gespräche mit der Vereinigung „Wiedergeburt“ der deutschen Minderheit statt. In Samarkand konnte auch ein evangelischer Sonntagsgottesdienst besucht werden, der bilingual in Deutsch und Russisch abgehalten wurde. In Usbekistan wie auch

später in Kasachstan wurde deutlich, dass bei der Sprachausbildung der deutschen Minderheit Optimierungsbedarf besteht. So sprechen die Deut-



Bestandteil des Besuchsprogramms: der deutsche Kindergarten und die deutsche Schule in Astana

schen im wesentlichen Russisch und pflegen mit unterschiedlichem Erfolg die Sprache ihrer nationalen Herkunft Deutsch. Kaum einer



Zu Gast beim zweiten Mann der Republik Usbekistan. In Taschkent traf die Delegation den Präsidenten der Gesetzgebenden Kammer (Parlament). V.r.n.l.: der deutsche Botschafter Hans-Joachim Kiderlen, Susanne Jaffke, Präsident Halilow, Jochen-Konrad Fromme, Anita Schäfer, Thomas Helm

tenden Innenminister Scharafutdinow sowie mit den Mitgliedern des Ausschusses für internationale und interparlamentarische Beziehungen eine wichtige Bedeutung zu. In einer freundschaftlichen Atmosphäre konnten dabei auch heikle Fragen der Grenzsicherung und der Terrorismusbekämpfung erörtert werden.

Um sich ein Bild über die Lebenssituation der rund 15 bis 20.000 Deutschen in Usbekistan machen zu können, fanden sowohl in Tasch-

spricht aber Usbekisch oder Kasachisch, obwohl inzwischen Staatssprache in dem jeweiligen Land, was sich in Zukunft noch als gravierender Nachteil erweisen wird. In Usbekistan wurde ferner auch die Organisationsstruktur der deutschen Minderheit diskutiert.

In Taschkent konnten auch gute Kontakte zur örtlichen deutschen Wirtschaft aufgebaut werden. Gespräche mit dem deutschen Wirtschaftsclub und die Besichtigung der Busservicestation von Mercedes

(Daimler-Chrysler) gaben einen guten Einblick in die Möglichkeiten und Besonderheiten der wirtschaftlichen Betätigung in dem zentralasiatischen Land.

In Usbekistan und Kasachstan ist die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren sehr unterschiedlich verlaufen, die Möglichkeiten des Einzelnen sich wirtschaftlich zu betätigen gehen damit einher. Kasachs-

that die Deutschen als Minderheit in Kasachstan anerkannt leben können. Allerdings war auch zu konstatieren, dass trotzdem viele in Armut leben, vom Wohlstandsgefälle betroffen sind. Gesprochen wurde auch mit Deutschen, die ehemals als Spätaussiedler nach Deutschland gekommen waren und nun zurück nach Kasachstan gekommen sind, um sich wirtschaftlich zu betätigen. Mit der deutsch-kasachischen Assozia-



Besuch im Deutschen Haus in Almaty (Kasachstan): Die Delegation unter der Leitung von Jochen-Konrad Fromme (5.v.l.), mit Susanne Jaffke (3.v.l.), Anita Schäfer (Mitte), Manfred Grund (1. Reihe, 3.v.r.) und Thomas Helm (l.) trifft die führenden Vertreter der deutschen Minderheit in Kasachstan unter der Leitung des Vorsitzenden der Assoziation „Wiedergeburt“, Alexander Dederer (4.v.l.).

tan hat aufgrund der technischen Erschließung und Vermarktung von Rohöl und Erdgas eine rasante Entwicklung genommen und erreicht heute ein Pro-Kopf Einkommen, welches das von dem künftigen EU-Land Rumänien übersteigt, ohne dass die Wohlstandsentwicklung die Breite der Bevölkerung erreicht hat. So sind die Wohlstandsunterschiede in Kasachstan deutlicher erkennbar, besonders deutlich zwischen Stadt und Land.

Die Lebenssituation der deutschen Minderheiten in beiden Ländern bemisst sich daran. So leben viele der rund 225. 000 Deutschen in Kasachstan in den ländlicheren Regionen, was ihre Möglichkeiten die deutsche Sprache zu erlernen sowohl in finanzieller Hinsicht als auch mit Blick auf die Infrastruktur einschränkt. So sind gerade viele Dörfer nicht ausgestattet, um deutschsprachige Radio- und Fernsehsendungen zu empfangen. So stellt die Delegation resümierend fest, dass es nicht für jeden möglich ist die deutsche Sprache zu lernen. Eine wichtige Erkenntnis im Hinblick auf die Aufnahmeverfahren der Spätaussiedler. Wichtig ist daher die Feststellung, dass die deutsche Minderheit auch künftig Unterstützung aus Deutschland erhält. Dies hat die Union daher auch im Koalitionsvertrag mit der SPD durchgesetzt.

Die deutsche Minderheit verteilt sich in Kasachstan auf verschiedene Regionen, rund 40.000 leben in und um Almaty. In der Stadt herrscht eine deutlich spürbare Aufbruchstimmung, der Wirtschaftsaufschwung ist schon am dichten Verkehrstreiben erkennbar.

Beim Besuch im Deutschen Haus, und danach im Sprachlernzentrum und bei Gesprächen mit dem Goetheinstitut wurde das Sprachlernangebot analysiert. Dabei wurde deutlich, dass bei den Trägerstrukturen Optimierungsbedarf besteht.

In Gesprächen mit der deutschen Minderheit konnte festgestellt werden, dass der grundsätzliche institutionelle und rechtliche Rahmen stimmt, so

tion der Unternehmer wurden auch Probleme bei der Rechtssicherheit erörtert, eine Grundvoraussetzung für nachhaltiges wirtschaftliches Engagement.

Die Erkenntnisse über die Lebenssituation der Deutschen konnten auf der letzten Station in Kasachstans neuer Hauptstadt Astana vervollständigt und mit der kasachischen Regierung erörtert werden. So wurde in Astana die deutschsprachige Schule Nr. 46 und der deutsche Kindergarten besucht. Ebenso die Einrichtungen des Sprachlernzentrums und die örtliche „Wiedergeburt“. Ein Blick in schlimme die Geschichte der Sowjetzeit wurde beim Besuch des ehemaligen Gulag „Algir“ (Lager für Frauen und Heimatverräter) in Malinowka ermöglicht.

Im Gespräch mit den beiden deutschen Senatoren, Jewgenij Aman und Johann Merkel, wurde die Lebenssituation der Deutschen in Kasachstan intensiv erörtert. In Gesprächen mit dem stellvertretenden Minister für Kultur und Information, Babakumarow sowie mit dem stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten Shoschabajew wurden der aktuelle Stand der deutsch-kasachischen Beziehungen sowie Fragen der wirt-



Symbol des aufstrebenden Kasachstans: Der Fernsehturm im Herzen des neuen Astana mit goldener (Welt-)Kugel.

schaftlichen und bilateralen Zusammenarbeit erörtert. Dabei wurden von kasachischer Seite Probleme angesprochen, die sich im Zusammenhang mit deutschen Visaverfahren für die Einreise nach Deutschland ergeben.

Wem verdankt der deutsche Fußball seinen Erfolg – den deutschen Minderheiten und Aussiedlern

Jochen-Konrad Fromme weist auf die Herkunft der erfolgreichsten deutschen Torschützen bei der WM hin

„King Knall!, Prinz Peng“, titelte die BILD-Zeitung am Tag nach dem Erreichen des Viertelfinales in gewohnt simpler Sprache. Dahinter verbirgt sich vor allem eins: In der deutschen Fußballnationalmannschaft schießen wieder diejenigen die Tore, die laut Mannschaftsaufstellung dafür vorgesehen sind die Stürmer. Das deutsche Sturmduo Miroslav Klose und Lukas Podolski ist das bisher erfolgreichste dieser Fußballweltmeisterschaft.

Der Erfolg der beiden deutschen Stürmer ist aber auch deshalb erwähnenswert, weil beide als Angehörige der deutschen nationalen Minderheit in Polen geboren worden sind und als Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland kamen.

Lukas Podolski wurde im Juni 1985 im oberschlesischen Gleiwitz geboren und reiste mit seiner Familie 1987 als Aussiedler nach Deutschland. Miroslav Klose wurde im Juni 1978 im ebenfalls oberschlesischen Oppeln geboren und kam im Alter von acht Jahren 1986

in die Bundesrepublik Deutschland.

Gemeinsam brillieren Miroslav Klose, der in Diensten des SV Werder Bremen steht, und der auf dem Weg vom 1. FC Köln zu Bayern München befindliche Lukas Podolski als „Abteilung Attacke“ für Deutschland bei dieser Fußballweltmeisterschaft.

Auf die Frage, was Fußball-Deutschland ohne diesen beiden fehlen würde, lautet die einfache Antwort: mindestens acht von elf bisher erzielten Toren (Stand Halbfinale, Elfmeterschießen nicht eingerechnet). Die Erläuterungen sind auch deshalb notwendig, weil in der Öffentlichkeit der Begriff Spätaussiedler gerne in negativen Zusammenhängen und für die Betroffenen stigmatisierend gebraucht wird.

Der bisherige Erfolg unserer Nationalmannschaft zeigt, dass wir der Gruppe der Spätaussiedler durchaus viel zu verdanken haben. Zugegeben: aus „King Knall und Prinz Peng“ ist dies so ohne weiteres nicht zu erkennen.

Das Land Berlin ist beim Erhalt der Akten des Sonderstandesamtes I in der Pflicht

Jochen-Konrad Fromme erkundigt sich mit Schriftlichen Fragen nach Akten des Sonderstandesamtes I in Berlin

Ist der Bundesregierung bekannt, dass in den Beständen der beim Sonderstandesamt I in Berlin geführten Registersammlung für die ehemaligen Ostgebiete ein Befall mit Schimmelpilzen festgestellt worden ist und aus Gründen des Gesundheitsschutzes deshalb zurzeit eine Arbeit in den Beständen nicht stattfindet, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die daraus resultierenden Folgen, insbesondere die zeitlich nicht absehbare Einschränkung von Ansprüchen nach dem Personenstandsgesetz (PStG)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 15. Juni 2006:

Nein.

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Benutzung der

Bestände des Sonderstandesamtes I entwickelt und gab bzw. gibt es finanzielle Zuschüsse des Bundes für die Sonderstandesämter (bitte jeweils aufschlüsseln)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 15. Juni 2006:

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis über die Entwicklung der Benutzung der beim Standesamt I in Berlin geführten Personenstandsbücher. Der Vollzug des Personenstandsgesetzes obliegt den Ländern als eigene Angelegenheit (Artikel 30, 83 GG).

Gemäß Artikel 104a Abs. 1 GG tragen die Länder gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben; Zuschüsse des Bundes sind im Hinblick auf das Verbot der Mischfinanzierung ausgeschlossen.

Mut des tschechischen Ministerpräsidenten Paroubek bei Geste anerkennenswert

Bernd Posselt MdEP, zu Gast in Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Fraktion



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Erika Steinbach, Bernd Posselt MdEP, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Romer

Weniger der Inhalt der Geste sei bemerkenswert als der Zeitpunkt des Handelns und die Tatsache, dass es die Geste überhaupt gegeben hat. Bernd Posselt, Mitglied des Europäischen Parlaments und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, würdigte im Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU die durch den tschechischen Ministerpräsidenten Paroubek vorgenommene Würdigung des Schicksals sudetendeutscher Antifaschisten. Anerkennenswert sei vor allem, dass der tschechische Ministerpräsident diese Würdigung mitten in der heißen Wahlkampfphase in der Tschechischen Republik vorgenommen habe. Erfreulich sei, dass nun die Sudetendeutschen als Gruppe regierungsseitig erstmals differenziert betrachtet

wurden. Bemerkenswert sei auch, dass keine der politischen Parteien in der Tschechischen Republik die Initiative zum Anlass genommen habe, die Sudetendeutschen zum Wahlkampfthema zu machen. Der Wahlkampf sei im Vergleich zu 2002 insgesamt frei von schrillen Tönen gegen die Deutschen gewesen.

Mit Bernd Posselt diskutierte die Gruppe noch die Frage der Schaffung eines europäischen Kulturprogramms zur Pflege der Kultur der Vertriebungsgebiete. Hier vereinbarte man wechselseitige Unterstützung.

Bernd Posselt bat seinerseits um Unterstützung bei der Schaffung eines Sudetendeutschen Museums, da die Sudetendeutsche Volkgruppe als einzige kein echtes eigenes Museum habe.

Erhalt der Ehrenamtlichkeit bei Migrationsersterberatung gibt gute Perspektiven für Integration

Jochen-Konrad Fromme lobt die Unterstützung des Bundesinnenministers beim Erhalt der Sachkostenpauschale

Es ist ein gutes Signal an all diejenigen, die ehrenamtlich im Bereich der Integration von Spätaussiedlern und Ausländern tätig sind, dass die Sachkostenpauschale für die im Bereich der Migrationsersterberatung Tätigen (von bisher 250 Euro) auch künftig gezahlt werden wird. Über eine eventuelle Erhöhung wird derzeit verhandelt. Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble ist herzlich dafür zu danken, dass er sich trotz der angespannten Haushaltslage durchgesetzt hat, und die für einen Fortbestand der Ehrenamtlichkeit so wichtige Sachkostenpauschale fortbestehen bleibt. Durch die Sachkostenpauschale ist es möglich, den vielen ehrenamtlichen Helfern, die sich unermüdlich und mit viel Herzblut und Einsatzbereitschaft für die Integration der zu uns kommenden Spätaussiedler und Ausländer einsetzen, die ihnen entstehenden Sachkosten für z.B. Telefongespräche pauschal zu erstatten. Damit ist es

auch künftig vielen der ehrenamtlich Tätigen, auch wenn sie finanziell nicht „auf Rosen gebettet“ sind, möglich, diesen wichtigen ehrenamtlichen Dienst an unserer Gesellschaft zu versehen. Dabei ist der Erhalt der Sachkostenpauschale auch angesichts der angespannten Haushaltslage des Bundes durchaus wirtschaftlich. Denn die vielen ehrenamtlichen Helfer engagieren sich zumeist auch zeitlich außerordentlich und setzen sich viel Idealismus für ihre Aufgabe ein. Es ist daher wichtig, dass dieser Dienst zum Wohle unserer Gesellschaft dauerhaft erhalten bleibt. Ob im Sport, im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung oder wie hier bei der Integrationsarbeit mit und für die zu uns kommenden Spätaussiedler und Ausländer: Das ehrenamtliche Engagement ist heute und künftig mehr denn je unverzichtbar und ein wichtiger Baustein unserer bürgerlichen Zivilgesellschaft.

Seine Motivation zum politischen Engagement war, verhindern zu wollen, dass sich Krieg wiederholt

OMV-Vorsitzender Helmut Sauer zum 85. Geburtstag von Bundesminister a.D. Heinrich Windelen (Auszüge)

Vor 85 Jahren, am 25.06.1921 wurde mein schlesischer Landsmann Heinrich Windelen in Bolkenhain Kreis Jauer, einer Kleinstadt am Nordhang des Riesengebirges, geboren. [...]

Das Studium der Physik und Chemie an der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Breslau konnte er nicht abschließen, da er von 1941-1945 als Feldweibel eingezogen war. Mit Orden ausgezeichnet, aber verwundet, kam der damals 24 jährige in die Kriegsgefangenschaft. Seine Eltern, die in Bolkenhain eine Lederfabrik besaßen, fand er nach der Vertreibung in Warendorf wieder. Dort absolvierte er eine kaufmännische Lehre und trat schon 1946 der CDU bei.

Bei der Festveranstaltung zum 60 jährigen Bestehen der CDU Warendorf mit der Festrede des amtierenden Bundestagspräsidenten Dr. Lammert betonte der Jubilar: „Meine grundlegende Motivation zur politischen Mitarbeit war, dass ich auf jeden Fall verhindern wollte, dass sich so etwas wie der Krieg ... wiederholt.“ [...]

Von 1957 (noch in der 2. Legislaturperiode) bis 1990 (zuletzt 51,7%) direkt gewählt, vertrat er seinen Wahlkreis im Deutschen Bundestag.

1969 berief ihn Bundeskanzler Dr. Kiesinger zum Bundesvertriebenenminister. [...]

.Auch Bundeskanzler Dr. Kohl wollte auf den Haushaltsexperten und Vertriebenenpolitiker nicht verzichten und berief Windelen 1983 zum Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

Als Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen und dessen Unterausschusses „Zonenrandförderung“ war es eine

Freude, mit Windelen eng zusammenarbeiten zu dürfen. Das Zonenrandgebiet der Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern mit seinen Gemeinden, Städten und Landkreisen hat dem Jubilar unsagbar viel zu verdanken.

Seine Anerkennung über Fraktionsgrenzen hinweg, zeigte sich während seiner Zeit als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und insbesondere seine Beliebtheit als Vizepräsident des Bundestages.

Ob gelegen oder ungelegen, Windelen vertrat gewissenhaft und überzeugend seine politische Haltung. Die CDU ehrte Windelen mit dem Landesehrenvorsitz und die Bundesrepublik Deutschland am 28.5.1985 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Als wichtiger Zeitzeuge und kluger Politikberater möge uns Heinrich Windelen noch lange erhalten bleiben. [...] Auf den Jubilar trifft wahrhaftig Theodor Fontanes Dichterwort in „ Archibal Douglas“ zu: „Der ist in tiefer Seele treu, wer die Heimat liebt wie Du!“ Ad multos annos.



Auch heute im Ehrenamt hat er noch eine prall gefüllte Arbeitswoche

Zum 70. Geburtstag von Rudolf Friedrich, Beauftragter der hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene

Im Frankfurter Westen lebt er seit 34 Jahren, für das Nordend war er 29 Jahre Landtagsabgeordneter. In Hessen ist er seit Jahrzehnten der politische Partner für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, in seinem Wiesbadener Büro deutet ein von ihm gemaltes Bild seiner Heimatkirche in Kunewald auf die tiefe Heimatverbundenheit. Rudolf Friedrich war zehn Jahre jung, als er im Viehwaggon seine mährische Heimat verlassen musste.

Am 2. Juni beging „Rudi“, wie ihn seine Freunde nennen, seinen 70. Geburtstag. Rudolf Friedrich wurde als Sohn eines Schneidermeisters in Neudek, einem kleinen Bauerndorf im sudetendeutschen Kuhländchen, geboren. Die Vertreibung verfrachtete seine Familie in den Oberlahnkreis, wo er mit Eltern und seinen beiden Brüdern bis 1951 in Aumenu lebte. Sein jüngster Bruder Manfred wurde Stadtverordneter und Stadtrat in Frankfurt. Der Beruf des Eisenbahners führte den Jubilar in die Mainmetropole. Seit 1955 ist er Frankfurter. Hier wurde er 1970

zum Stadtverordneten und 1974 zum Landtagsabgeordneten gewählt. Dem Hessenparlament gehörte er drei Jahrzehnte an.

1999 wurde Friedrich von Ministerpräsident Koch zum Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen. Zuvor war

er Vorsitzender des Landtagsunterausschusses Heimatvertriebene und Landesvorsitzender der CDU-Vereinigung „Union der Vertriebenen“. Heute hat er als ehrenamtlicher Landesbeauftragter eine Wochenarbeitszeit, die Arbeitnehmervertretungen wohl nicht akzeptieren würden.



CDU und CSU stehen zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin

Jochen-Konrad Fromme zur Eröffnung der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ in Berlin

Die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ ist ein gutes Medium, einer breiten Öffentlichkeit das dunkle Kapitel der Vertreibungsgeschichte der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges und zugleich die Erfolgsgeschichte der Integration der Heimatvertriebenen in die Bundesrepublik Deutschland nahe zu bringen. Die gute Ausstellung weckt das Interesse, sich mit dem Thema näher zu beschäftigen und regt auch zu kontroversen Diskussionen an.

Von daher ist der Vorschlag des Staatsministers für Kultur und Medien, Bernd Neumann, zu begrüßen, die Wanderausstellung, nachdem sie noch an einigen weiteren Orten gezeigt worden ist, am Ende in Berlin in Form einer Dauerausstellung zu zeigen.

Um Missverständnisse in diesem Zusammenhang von vornherein zu vermeiden, ist festzustellen, dass die nunmehr in Berlin eröffnete Ausstellung durchaus Berührungspunkte zu dem von CDU und CSU unterstützten „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin bietet und eine Brücke zu dem Vorhaben sein kann.

Von daher sollte eine enge Kooperation vor allem nach einem dauerhaften Verbleib der Ausstellung in Berlin mit dem Zentrum angestrebt werden.

Es ist aber ebenso deutlich festzustellen, dass diese Ausstellung die

Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin nicht wird ersetzen können. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin sieht nämlich vor, dass neben der Vertreibung der Deutschen auch die Vertreibungen anderer europäischer Volksgruppen im 20. Jahrhundert thematisiert werden, ferner soll das Zentrum ein Ort der Forschung und Dokumentation sein und darüber hinaus einen aktiven politischen Beitrag, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft dauerhaft zu ächten, leisten. Dies alles kann die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ nicht leisten. Sie ist aber dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ als Partner herzlich willkommen.

CDU und CSU halten daher, wie auch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mehrfach deutlich gemacht, an der Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin fest.



Jochen-Konrad Fromme

Tschechische Regierung setzt ein ermutigendes Zeichen der Aussöhnung

Jochen-Konrad Fromme zur Initiative der tschechischen Regierung zur Würdigung sudetendeut. Antifaschisten

Die nunmehr durch Ministerpräsident Paroubek vorgenommene Würdigung des Schicksals sudetendeutscher Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, die später trotzdem unter Verfolgungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei leiden mussten, war nicht nur ein langer überfälliger Schritt, sondern stellt auch ein ermutigendes, erstes Signal seitens der Tschechischen Regierung im Hinblick auf eine Aussöhnung mit den Sudetendeutschen dar.

Dass Ministerpräsident Paroubek dieses Zeichen in der heißen Phase des zu Ende gehenden Wahlkampfes in der Tschechischen Republik setzt, ist darüber hinaus ein hoffnungsvolles Signal im Hinblick auf eine

positive Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen. Es ist erfreulich, dass die sudetendeutschen Opfer der Vertreibung, nicht wie bei den Parlamentswahlen vor vier Jahren, wieder zur Hauptzielscheibe der tschechischen Wahlkämpfer geworden sind, als man versucht hat, mit antideutschen Äußerungen auf Wählerfang zu gehen.

Wichtig ist, dass dieses ermutigende Signal aus Prag nunmehr auf beiden Seiten nicht ungehört bleibt, und die belastenden Fragen der gemeinsamen Geschichte im nachbarschaftlichen Einvernehmen zukunftsgerichtet aufgearbeitet werden und damit die dauerhafte Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen befördert wird.

Heribert Rech auf Pfingsttreffen der Donauschwaben

„Seit Jahrzehnten treffen sich die Bulkeser Landsleute in Kirchheim und erinnern daran, dass die Donauschwaben schweres Leid und den Verlust der Heimat erfahren mussten.“ Das sagte der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech, beim Bulkeser Pfingsttreffen in Kirchheim/Teck.

Das Pfingsttreffen sei ein beispielhaftes Zeugnis dafür, dass die Gemeinschaften der Donauschwaben nach wie vor lebendig seien. [...] Sein Besuch in der Vojvodina im Jahr 2004 habe ihm die Leistung der heimatvertriebenen Donauschwaben in den landsmannschaftlichen Vereinigungen eindringlich vor Augen geführt. Rech: „Sie haben auf der Ebene der menschlichen Begegnungen in all den vergangenen Jahren den Boden für die Begegnungen auf der politischen Ebene erst bereiten und mühsam bestellen müssen. Geduldig und beharrlich haben sie, allen voran die gewählten Vertreter der Landsmannschaft, den Kontakt und das Gespräch gesucht.“

Politischer Dialog zwischen Tschechien und Bayern

Auszüge aus der Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten, Edmund Stoiber, auf dem diesjährigen Sudetendeutschen Tag in Nürnberg:

[...]Am schwersten hatten es ohne Zweifel die Deutschen östlich von Oder und Neiße, östlich von Fichtelgebirge und Bayerischem Wald. Ihnen wurde das gesamte Eigentum und die Heimat genommen. Sie wurden als rechtlose Menschen kollektiv vertrieben. Das war völkerrechtswidrig, das war ein Verbrechen gegen die



Menschlichkeit. [...] Und deswegen sage ich als Schirmherr immer wieder an die Adresse der tschechischen Regierung: Wir gehen bei der Vertreibung auch 60 Jahre später nicht zur Tagesordnung über. Unsere Anliegen sind bei der tschechischen Seite bekannt. [...] Diese Anliegen sind auch keine unrealistischen Forderungen 60 Jahre nach der Vertreibung. Sie sind realistisch, sind bei gutem Willen machbar im Europa des Jahres 2006. [...]

Erstens: Was spricht denn gegen die Aufnahme eines politischen Dialoges zwischen Tschechien und Bayern unter Beteiligung der Sudetendeutschen, um darüber zu reden, wie man das geschehene Unrecht im nachbarschaftlichen Geist heilen kann. [...]

Zweitens: Es wäre nach meinem Dafürhalten wirklich eine schöne Geste gewesen, wenn die tschechische Seite das so genannte „Straffreistellungsgesetz“ vom 8. Mai 1946 aufgehoben hätte. [...] Die Aufhebung dieses Gesetzes kostet nichts, es hätte kaum praktische Folgen, aber eine große moralische Wirkung. [...] Und drittens blieben die Benes-Dekrete. [...] Das Moralische, das Ethische wieder herzustellen, das durch die Benes-Dekrete zerbrochen wurde, darum geht es.

Traditioneller „Tag der Vertriebenen“ beim Hessentag

Im Rahmen des „Tages der Vertriebenen“ beim Hessentag dankte Sozialministerin Silke Lautenschläger für die Hessische Landesregierung den Vertretern der Heimatvertriebenen für die gute Zusammenarbeit: „Ich bin der festen Überzeugung, dass Ihr Sachverstand, Ihre Erfahrungen und Ihr Mitwirken wesentlich dafür sind, den berechtigten Anliegen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler Stimme und Gewicht zu verleihen“.

Landesbeauftragter Rudolf Friedrich gab einen aktuellen Bericht über seine Arbeit und informierte insbesondere über die gemeinsame Einreise von Spätaussiedlern, den Beirat für Spätaussiedler beim Bundesminister des Innern und den Besuch des Kulturausschusses beim Herder-Institut in Marburg. Der „Tag der Vertriebenen“ endete traditionell mit dem Volkstumsnachmittag des Bundes der Vertriebenen.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Verena Herkenhoff
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154